Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0445/2015
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	03.11.2015	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene

Inhalt der Mitteilung

Mit Drucksachennummern 0245/2015 und 0138/2015 hat sich der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden in seiner Sitzung am 24.06.2015 mit zwei Bürgeranträgen beschäftigt. Beide Anträge zielen im Kern auf den Erlass einer Resolution durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach, sich gegen ein Freihandelsabkommen auf europäischer Ebene zu positionieren. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden (AAB) hat einstimmig beschlossen, die Anregungen an den Rat zu überweisen.

Die Tagesordnungspunkte aus der Sitzung des AAB nebst Anlagen und die Niederschrift sind dieser Vorlage beigelegt. Ebenso sind der Schnellbrief 234/2014 des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und der Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11.12.2014, die sich mit der Zuständigkeitsfrage der Räte und Kreistage bezüglich der Freihandelsabkommen beschäftigen, beigelegt.

Zusammenfassend gilt in rechtlicher Hinsicht: Gemäß § 41 Abs. 1 Satz 1 GO NRW ist der Rat für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt. Städte und Gemeinden sind nach § 2 GO NRW lediglich in ihrem Gebiet ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Darüber hinaus erlangen Städte und Gemeinden aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG nur ein kommunalpolitisches, nicht jedoch ein allgemeines politisches Mandat. Die Zuständigkeit des Rates ist demzufolge beschränkt auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft und findet ihre Grenzen dort, wo die Zuständigkeiten bei

einer anderen staatlichen Ebene wie dem Land, dem Bund oder der Europäischen Union liegt. Der Grundsatz der Allzuständigkeit gilt nur für die Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf die örtliche Gemeinschaft einen separaten Bezug haben und von dieser örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich und selbstständig bewältigt werden können. Die Kommune überschreitet die ihr gesetzten rechtlichen Schranken, wenn sie zu überörtlichen Fragen Resolutionen fasst oder für oder gegen eine Politik Stellung bezieht, die sie nicht als einzelne Gemeinde besonders trifft, sondern der Allgemeinheit – ihr nur so wie allen Gemeinden – eine Last aufbürdet oder sie allgemeinen Gefahren aussetzt. Der Rat einer Gemeinde ist im Bereich ausschließlich staatlicher Entscheidungskompetenzen grundsätzlich nicht berufen, als Repräsentant der Gemeindebevölkerung Erklärungen abzugeben, mögen diese auch in Kenntnis der fehlenden Entscheidungsbefugnis nur als unverbindliche Empfehlungen formuliert sein.

Eine Befassungskompetenz des Rates ist dann zu bejahen, wenn die in Rede stehende Angelegenheit einen konkreten, spezifischen und örtlichen Bezug zur Stadt Bergisch Gladbach hat. Eine Stellungnahme der Gemeindevertretung muss demnach in spezifischer Weise ortsbezogen sein. Der alleinige Umstand, dass der Rat lediglich für die eigene Stadt spricht, genügt dem Anspruch einer spezifischen Ortsbezogenheit bereits deshalb nicht, weil sonst unter Berufung auf die im Selbstverwaltungsrecht wurzelnde Allzuständigkeit der Gemeinde auch allgemeinpolitische Fragen Gegenstand von Ratsbeschlüssen sein könnten, was jedoch als unzulässig zu erachten ist.

Ungeachtet der vorstehend skizzierten rechtlichen Ausgangslage haben sich Räte und Fraktionen einiger anderer Kommunen in den vergangenen Monaten mit dem Thema Freihandelsabkommen befasst. Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 24.03.2015 auf einen Antrag einiger Fraktionen einen Beschluss in Form einer Resolution gefasst. In Troisdorf hingegen haben sich Fraktionen des Rates vor Beginn der Ratssitzung mit der Thematik auseinandergesetzt und ihre Einschätzung hierzu kundgetan. Hierbei handelte es sich um eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Rates der Stadt Troisdorf. Dies vor dem Hintergrund, dass die Beteiligten der Auffassung der Verwaltung angeschlossen haben, dass der Rat keine Beschlussfassungskompetenz zu diesem Thema habe.